

Ressort: Politik

Kommunen halten Recht auf Ganztagsbetreuung für kaum erfüllbar

Berlin, 04.04.2018, 03:00 Uhr

GDN - Die Kommunen fordern von der großen Koalition eine Absage an das Recht auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen und mahnen eine realistischere Bildungspolitik an. "Es macht wenig Sinn, einen Rechtsanspruch zu formulieren, wenn absehbar ist, dass er kaum erfüllbar sein wird", sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Die Kommunen könnten dies inhaltlich, organisatorisch, personell und finanziell nicht leisten. "Nicht alles, was wünschenswert ist, ist mittelfristig umsetzbar", sagte Landsberg. Insgesamt werde eine "massive Personalausweitung in allen denkbaren Bereichen versprochen". Die Politik müsse aufhören, den Eindruck zu vermitteln, Deutschland sei eine ewige Insel des Wohlstandes, so der Hauptgeschäftsführer. "Teilweise wird eine 'all-inclusive Mentalität' propagiert, die vom Staat niemals erfüllt werden kann." Landsberg verweist darauf, dass es nicht genug Bewerber gebe, um eine Ganztagsbetreuung in Grundschulen und Kitas zu gewährleisten. Bis zum Jahr 2025 seien mehr als 600.000 Erzieher und Lehrer nötig, um "den flächendeckenden Anspruch der Eltern auf Betreuung in Grundschule und Kita erfüllen zu können". Die Kosten für eine flächendeckende Kindertagesbetreuung würden bei bis zu 18 Milliarden Euro liegen. Landsbergs bezieht sich hier auf Erhebungen des Deutschen Jugendinstituts. Die große Koalition hat für diese Legislaturperiode zwei Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulern eingeplant. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD heißt es: "Wir werden ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter ermöglichen. Wir werden deshalb einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter schaffen." Bei diesem Thema sind nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung die Erwartungen der Eltern an die Politik sehr hoch: Fast drei Viertel (72 Prozent) von ihnen wünschen sich einen Ganztagsplatz für ihr Kind.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-104207/kommunen-halten-recht-auf-ganztagsbetreuung-fuer-kaum-erfuellbar.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com